



**Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL**  
Vorsitzender des Kreisverbandes  
Pforzheim / Enzkreis  
Geschäftsstelle  
Blücherstr. 7a  
75177 Pforzheim  
Telefon: 07231 / 52 792  
Fax: 07231 / 53 291  
[fdp-pf-enz@t-online.de](mailto:fdp-pf-enz@t-online.de)

## **Newsletter Mai 2011**

### **„Grün-Roter Eiertanz auf dem Rücken Baden-Württembergs“**

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

dass Grün-Rot uns noch Steilvorlagen für die Oppositionsarbeit liefern würde, hatte ich zwar erwartet. Mit diesem Eiertanz des frisch ernannten Kabinetts hatte ich aber dann doch nicht gerechnet. Da erklärt der grüne Verkehrsminister gleich bei seinem Amtsantritt, er wolle für das wichtigste Verkehrsprojekt des Landes „Stuttgart 21“ trotz bestehenden Baurechts keine Verantwortung übernehmen und dies lieber einem fachfremden Ministerium unter sozialdemokratischer Leitung überlassen. Kurz nachdem ihn sein eigener, grüner Ministerpräsident für dieses unreife Verhalten öffentlich zurückgepiffen hat, verkündet Winfried Hermann im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ dann erst vollmundig, die Landesregierung sei bei Bauverzögerungen von „Stuttgart 21“ bereit dazu, sich an den zusätzlichen Kosten zu beteiligen: „Das ist der Preis der Demokratie“. Und wenig später, als der Koalitionspartner SPD ihn dafür schon als „Minister der Spekulationen“ geißelt, lässt Hermann wiederum verlautbaren, die Landesregierung sehe sich bei Bauverzögerungen keineswegs in einer Zahlungsverpflichtung. Ich befürchte, dass unsere eindringlichen Warnungen vor der Planlosigkeit dieser Truppe noch weit untertrieben waren.

Die ersten Unternehmen haben bereits Konsequenzen angedroht. Die Deutsche Bahn kündigt Regressforderungen gegen Baden-Württemberg an, falls das Land den Bau von „Stuttgart 21“ weiter verzögert und dem Unternehmen damit zusätzliche Kosten in dreistelliger Millionenhöhe verursacht. Der Baukonzern Züblin wiederum droht dem Bauherrn Deutsche

Bahn mit millionenschweren Schadensersatzforderungen, weil die Deutsche Bahn mit Rücksicht auf die neue Landesregierung die Bauvergabe verzögere und damit verantworte, dass Züblin wegen des eingereichten Angebots für Arbeiten an „Stuttgart 21“ mehrere Hundert Arbeitskräfte vorhalten müsse. Derweil droht der Tunnelbohrspezialist Herrenknecht für den Fall, dass „Stuttgart 21“ gekippt wird und die erwarteten Bohraufträge ausfallen, sogar mit seiner Abwanderung von Schwanau nach Bayern oder gar ins Ausland.

Dass Hany Azer, der bisherige verantwortliche Bauleiter von „Stuttgart 21“, in diesem Klima nicht mehr weiterarbeiten möchte und seinen Rückzug angekündigt hat, kann ich gut nachvollziehen. Azer, der als einer der versiertesten Ingenieure Deutschlands gilt, konnte wegen zahlreicher Drohungen und Anfeindungen zuletzt nur noch unter Personenschutz arbeiten. Henryk M. Broder prangert dies in der „Welt“ als „Grünes Mobbing“ an und fragt nicht ganz zu Unrecht, warum der grüne Verkehrsminister in dem Fall nicht ein einziges Wort der Solidarität ausgesprochen habe: „Das Gruselige des Vorgangs liegt in der Gelassenheit, mit der ein grüner Minister über den Tatbestand der Nötigung hinweggeht. Er stellt sich nicht hinter den gemobbten Ingenieur.“ Die zu politischen Zwecken systematisch aufgeheizte Dagegen-Stimmung scheint den Grünen wichtiger zu sein als der faire Politikstil „auf Augenhöhe“ oder der „zivilisierte Streit“, den Herr Kretschmann gerade wieder in seiner schwammigen und phrasenreichen Regierungserklärung propagiert hat.

Selbst bei den Lehrern hat die neue Landesregierung schon massiven Unmut hervorgerufen. Nach der Ankündigung vom April, die durch den Rückgang der Schülerzahlen freiwerdenden Lehrerstellen zu streichen, hat die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer noch einmal nachgelegt und plant jetzt, die Ausbildung der baden-württembergischen Gymnasiallehrer von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen zu verlagern. Was die Ministerin als Stärkung der didaktischen Ausbildung verkaufen will, ist nichts anderes als ein Bildungssparpaket durch die Hintertür: Wenn die Gymnasiallehrer erst einmal keinen universitären Abschluss mehr haben, wird die Landesregierung ihnen auch das Anrecht auf die Besoldungsgruppen des höheren Dienstes absprechen. Die Grünen reden stets von ganzheitlicher Bildung und wollen den Gymnasiallehrern zugleich die Tür zur Universität versperren. Den Schaden tragen Baden-Württembergs Gymnasien davon. Die jungen Menschen, die sich künftig noch für den ohnehin schwierigen Lehrerberuf entscheiden mögen, werden wohl ein Auge auf Universitäten sowie Stellen in Bayern und Hessen werfen. Unsere Nachbarn wird es freuen.

Weniger freuen wird sie, dass Baden-Württembergs neuer sozialdemokratischer „Superminister“ für Wirtschaft und Finanzen Nils Schmid, der gemeinsamen Linie der Geberländer zum Länderfinanzausgleich eine Absage erteilt hat. Unter maßgeblichem Druck der drei FDP-Landtagsfraktionen in Stuttgart, Wiesbaden und München und nach einem jahrelangen, vergeblichen Ringen um eine Reform der ungerechten Transferzahlungen hatten wir zu Jahresbeginn endlich erreicht, dass alle drei Landesregierungen eine gemeinsame Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich vorbereitet haben. Herr Schmid möchte dennoch lieber eine weitere Plauderrunde mit den Herrschaften Beck und Wowerit einlegen. So verlieren die Steuerzahler im Süden abermals fünf, sechs wertvolle Haushaltsjahre. Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern hat gerade erst angekündigt, Berlin, Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein wegen der dort drohenden Haushaltsnotlagen stärker zu beaufsichtigen. Doch die verschärfte Aufsicht hilft freilich wenig, solange dem Stabilitätsrat keine Sanktionsinstrumente zur Verfügung stehen.

Grün-Rot hat es also binnen weniger Tage schon geschafft, im Musterlände das Wirtschaftsklima unter den Unternehmen zu vergiften, die Steuerzahler vor den Kopf zu stoßen und den für die Zukunft des Landes so wichtigen Lehrernachwuchs zu verunsichern. Wie wird Baden-Württemberg erst 2016 aussehen? Die FDP-Landtagsfraktion jedenfalls wird jede Fehlentwicklung offen ansprechen. In diesem Zusammenhang freue ich mich auch auf die Zusammenarbeit mit der neuen Generalsekretärin des FDP-Landesverbandes Gabriele Heise. Wir können derzeit jede Stimme gebrauchen, die die Konzeptlosigkeit dieser Landesregierung öffentlich entlarvt und anprangert.

Die FDP hat ihre Chance auf dem Bundesparteitag in Rostock meines Erachtens genutzt. Der neue Bundesvorsitzende, Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler bringt trotz seines jungen Alters die notwendige Erfahrung aus Landes- und Bundespolitik mit. Ich habe zwar nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich Birgit Homburger gerne weiter an der Spitze der Bundestagsfraktion gesehen hätte. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass auch Rainer Brüderle auf dieser Position ein scharfes liberales Profil erarbeiten wird. Unser Landesverband bleibt nach Rostock im Bund gut vertreten: Birgit Homburger ist stellvertretende Parteivorsitzende, Florian Toncar ist neuer stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und mit Bundesminister Dirk Niebel, Staatssekretär Ernst Burgbacher und dem Bundestagsabgeordneten Michael Link stellen wir drei Beisitzer im Bundesvorstand.

Guido Westerwelle hat nun die Möglichkeit, sich auf sein Amt als Außenminister zu konzentrieren. Mit seiner bisherigen Arbeit für zivilgesellschaftliche Demokratieförderung, konventionelle Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen hat er Akzente gesetzt, die im europäischen Friedenstaumel der vergangenen Jahre sträflich vernachlässigt wurden. Der von Frankreich ursprünglich als Kurzeinsatz geplante Krieg in Libyen ist zwar mangels Berichterstattung inzwischen aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden und verlässliche Opferzahlen werden auch nicht vermeldet, aber der Bürgerkrieg am Boden hält an und die Nato wirft nach zwei Monaten noch immer Bomben. Mit unserer Einschätzung, dass ein überhasteter Luftwaffeneinsatz ohne jegliche militärische Gesamtstrategie keineswegs zum jähen Rückzug des Gaddafi-Regimes führen würde, haben wir – bedauerlicherweise – Recht behalten. Wer eine militärische Intervention befürwortet, der muss sie nicht nur ethisch, völkerrechtlich und bündnispolitisch sondern vor allem eben auch militärisch zu Ende denken. Das UN-Koordinationsbüro für humanitäre Hilfe mahnte dieser Tage, dass die Kämpfe zum Zusammenbruch der öffentlichen Infrastruktur geführt haben und in weiten Teilen Libyens dringend eine Feuerpause für die Versorgung der Bevölkerung benötigt werde. Es ist höchste Zeit, wieder nach politischen Lösungswegen zu suchen. Im „Friedensgutachten 2011“ schlagen die Konfliktforscher Deutschland als Vermittler zwischen Tripolis und Benghasi vor, um die in der Resolution 1973 vom UN-Sicherheitsrat geforderte sofortige Waffenruhe auf dem diplomatischen Weg herbeizuführen. Es wäre meines Erachtens lohnend, die internationalen Rahmenbedingungen einer solchen Mission zu sondieren.

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Kreisvorsitzender